



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2019/00293**
Datum: 04.09.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Melanie Ranft

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.09.2019	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	17.10.2019	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	30.10.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis März 2020

1. einen Bericht über die Folgen der Dürrejahre 2018/2019 für die städtischen Grünanlagen und Straßenbäume vorzulegen, der die bisherigen Schäden und deren finanzielle Auswirkungen aufzeigt und
2. in einer Konzeption aufgrund der auch künftig zu erwartenden Hitze- und Trockenperioden notwendige Veränderungen bei der Pflege der städtischen Grünanlagen und Straßenbäume aufzuzeigen, die u.a. die Themen Neu- und Nachpflanzungen, Bewässerung, Mähintervalle thematisiert sowie Vorschläge für den geänderten Einsatz von Personal und finanzieller Mittel im Fachbereich Umwelt enthält.

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

gez. Melanie Ranft
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Bereits im zweiten Jahr in Folge erlebt Halle eine erhebliche Dürre. Der Sommer 2019 war der wärmste in Sachsen-Anhalt seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Hitze aber vor allem der ausbleibende Niederschlag haben massive Auswirkungen auf den gesamten Wasserhaushalt und damit auch auf die Vegetation.

Eine erste Bilanz der Schäden aus dem letzten Jahr legte die Stadtverwaltung in einer Antwort auf eine Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) im Juni dieses Jahres vor (vgl. VI/2018/04282):

- Trockenschäden an Bäumen und Grünanlagen im gesamten Stadtgebiet,
- fast 750 abgestorbene Bäume,
- geschätzte Kosten für die 1,1 Mio. EUR.

Die Tatsache, dass die vom Stadtrat im Haushalt 2019 beschlossenen Mittel zur Pflanzung von zusätzlichen 100 Bäumen vom Oberbürgermeister bisher nicht freigegeben und dass anders als beschlossen auch immer noch nicht konsequent in der folgenden Vegetationsperiode nachgepflanzt wird, wenn ein städtischer Baum gefällt wurde, lassen uns daran zweifeln, dass die Mittel zur Beseitigung der Trockenschäden im Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung für 2020 auch tatsächlich enthalten sein werden.

Wir begrüßen die Bemühungen der Stadtverwaltung und der Stadtwerke, durch Bewässerungsaktionen mit Tankwagen und punktuell mit Wassersäcken sowie öffentlichkeitswirksame Aufrufe zum Gießen an Bürgerinnen und Bürger gegen die Folgen der Trockenheit vorzugehen. Aber dies alles wird auf lange Sicht nicht reichen. Wir brauchen einen grundsätzlichen Lösungsansatz, der auch mit entsprechenden finanziellen Mitteln unteretzt ist. Derzeit spiegelt der Haushalt des Fachbereiches Umwelt die vom Klimawandel verursachten Kostensteigerungen nicht wieder. Eine Anpassung ist hier dringend erforderlich.

Darüber hinaus sollte die Öffentlichkeitsarbeit zu Baumpatenschaften intensiviert und die Bürgerinnen und Bürger stärker bei Nachpflanzaktionen oder bei der Anschaffung von Wassersäcken zur Bewässerung von Neuanpflanzungen einbezogen werden.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

19. September 2019

Sitzung des Stadtrates am 25.09.2019

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns

Vorlagen-Nummer: VII/2019/00293

TOP: 9.9

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Begründung:

Die Trockenschäden des Jahres 2019 werden erst mit Einsetzen der Vegetationsperiode 2020 sicht- und einschätzbar sein. Eine Berichterstattung zu den festgestellten Trockenschäden mit den daraus folgenden qualitativen und quantitativen Anpassungsmaßnahmen ist daher nicht bis zum Stadtrat im März 2020 möglich.

Unabhängig davon hat die Stadt im August die Einführung eines Runden Tisches „Wasserhaushalt der Stadt“ angekündigt. Die Arbeitsergebnisse mit den entsprechenden Folgemaßnahmen werden dem Stadtrat anschließend vorgelegt.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister